

Saale-Zeitung.

Chernobivierjährgang.

Verlegen werden die... Saale-Zeitung...

Die Saale-Zeitung... Verleger... Druckerei...

Pr. 71. Halle a. S., Sonnabend, den 12. Februar. 1910.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 11. Februar.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerische: v. Bethmann-Hollweg, Beseler, v. Kollie.

Erste Lesung.

Abg. Herold (Ztr.):

Wir halten an unserem prinzipiellen Standpunkt gegenüber dem preussischen Wahlrecht fest. Was das Reichstagswahlrecht betrifft, wird auf die Dauer in den Einzelstaaten nicht vordringlich werden können.

Minister des Innern v. Molke:

Die liberalen Redner des gestrigen Tages und der Abg. Herold haben das geheime Wahlrecht gefordert. Nachdem gestern der Ministerpräsident mit aller Bestimmtheit den Standpunkt der Staatsregierung in dieser Frage entwickelt hat, glaube ich, darauf heute näher eingehen zu sollen.

Das Ihnen vorgeschlagene System ist gerechter.

Es verhält sich den Minderheiten zur Geltung und damit den wirklich in der Masse vorhandenen Etrömungen. Wenn behauptet wird, daß der Wegfall der indirekten Wahl nicht mehr unter den Begriff einer organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts fällt, so muß ich darauf verweisen, daß das geltende Klassenwahlrecht unberührt bleibt.

Entrechtung des lachten Landes

zugunsten der Städte bedeutet. Die Wirkung unserer Vor schläge nach übersehen. Man überseht, daß die wichtigste Grundlage noch wie vor die Steuerfähigkeit bleibt, man überseht, daß bei der Berechnung der Steuer die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ihre volle Verwertung finden.

Arbeiterklasse in der 3. Klasse zu isolieren.

Alle Abteilungen sind untereinander gleich und gleich gut. (Lautes Gelächter links.) Wer von Wählern erster oder dritter Qualität spricht, hat den Sinn des Dreiklassenwahlrechts nicht erfaßt (wiederholtes Gelächter), oder will das nur zu agitatorischen Zwecken ausnützen, wie es die Sozialdemokraten tun.

Abg. Frz. v. Zedlitz (reihlos):

Die Begründung der Vorlage geht leider von dem Nachweis der Notwendigkeit einer Wahlreform her. Der Ministerpräsident meint, an der Wahlrechtsagitation sei weniger der Zustand des Wahlrechts selbst, als eine Reihe von Mischständen schuld, deren Beseitigung die Bewässerung von einer Wahlrechtsreform erhoffe.

grundsätzlich. Wäre es das, wollte er das sein, so würde das eine verhängnisvolle Wirkung auf unsere politischen Verhältnisse und eine Gefahr für Preußen bedeuten. (Heiterkeit links; Beifall rechts.) Der Ministerpräsident hat verfehlt, er wolle nicht, daß die Beamten eine bestimmte Partei begünstigen. Das glaube ich ihm. Aber nicht auf sein Wollen, sondern auf Leistungen komme es an. (Sehr richtig! links.) Auf eine organische Fortbildung des preussischen Wahlrechts können wir nicht verzichten.

Unannehmbar ist für uns die Bevorzugung der Militäranwärter, weil sie die anderen Beamten, vor allem aber den erwerbsfähigen Mittelstand benachteiligt. Man müßte den selbständigen Gewerbetreibenden und den Bauern mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mk. das Zutrittsrecht in die höhere Wählerklasse gewähren. (Abg. Piebisch: Und die Arbeiter?) Die Interessen der Arbeiter werden heute durch das Reichstagswahlrecht schon in einem das Berechtigte Maß überhöhten Umfang vertreten, so daß es einer besonderen Berücksichtigung ihrer Interessen im preussischen Wahlrecht nicht mehr bedarf. (Zustimmung rechts.)

Abg. Strödel (Soz.):

Die Vorlage ist eine ungeheure Konfession der Sozialdemokratie. Hinter der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen steht die große Mehrheit — zwei Drittel — der preussischen Bevölkerung.



hohen Wähler, und wenn man die national-liberalen Wahlreformvorschläge mit einrechnet, kommen an 6 Millionen Wähler reformer heraus. Demgegenüber stehen knapp 1 1/2 Millionen konservernahe Wahlrechtsgegner. Die Regierung aber richtet sich nach den Wünschen der Wähler, sie weiß eben, daß die Wähler von den Konservern gestützt werden, sobald sie sich weigern, weiter die Fäden der Tante zu lenken. In dem Chamaismus in England sind lediglich der Föderalismus und der Kaiserpartei band schuld. Die Konservern befehlen sich über unsere Ton. Sie sprechen aber von uns als von politischen Begelagerten und Strahlen und rufen einmal unsere Abgeordneten dieser Bengel" zu. Und was es nicht ein Konserver, der einmal sagte: Die Minister können uns nicht was! Die Vorlage hat einen wesentlichen Zug; es sollen die Wähler mehr Recht haben, die recht lange den bunten Rad getragen haben. (Aachen. Das Saun leert sich mehr und mehr; es ist nur noch ein kleiner Bruchteil der Abgeordneten anwesend. Ein Minister ist schon seit Beginn dieser Rede nicht mehr im Saal zugegen.) Die Wähler sind es, die die Regierung für eine Revolution halten, wenn sie nicht, wenn sie kommt von der preussischen Bureaucratie, und führt sie, was man sagte, schon in den fünfziger Jahren: Die Gesetzgebung der preussischen Bureaucratie hat die natürlichste Dred. Das ist auch ein Beispiel für den guten Ton! Der Ministerpräsident meinte gestern, das Parlament verleihe. Er trägt recht dazu bei. Der Abg. v. Richtigton tat sich gestern viel auf seine Bildung zugute; es sprach englisch. (Abg. Frhr. v. Richtigton: Er kann auch französisch! — Beifall.) Der preussische Wahlrecht "Sumo quicquid" wird von den Unteren nicht bloß dahin ausgelegt: Behalte, was du hast! sondern: Nimm, was du kriegen kannst! Die von national-liberaler Seite gemachten Vorschläge sind dem Pluralismus entgegen zu setzen, der die Wähler bawern ausgesendet" heißen werden. Das ist eine Benutzung heißt also ewige Entrechtung. Ist solche Aufstellung nicht gerade eine Gotteslästerung in Ihrem Sinne? Auch das Wahlrecht soll nur dazu dienen, weiter Monarchie und Kapitalismus zu stützen. Für die Berechtigung der jehigen Wahlrechtsteilnahme hat der Abg. Herold das schürmige Argument vorgebracht, daß Berlin an Bodenfläche so klein und so A. Ostpreußen so groß sei. Aber nicht der Flächeninhalt, sondern die Zahl der Wähler im Wahlkreis bestimmt doch die Einstellung. Wir werden durch Erregung eines Volkssturmes schon dafür Sorge tragen, daß die Regierung uns eine andere Vorlage als diese machen wird. (Aachen rechts.) Das Unteroffiziersprivileg zeigt, daß die Regierung sich eine Prärogative erga die für die Wähler schafften will. Herr v. Weizsäcker sollte sich gegen die sozialdemokratischen Forderungen gegen die Gewerbetreibenden nicht so aufregen. Es ist nicht auch eine von den ihm verdächtigsten gottgewollten Abhängigkeiten? Dieser angebliche Terror hat mehr Gutes gewirkt als jahrzehntelange platonische Vorstellungen. Der Bund der Landwirte, selbst die National-Liberalen haben den Bontest über Geschäftsleute verhängt. Wir möchten der Regierung, den Konservern und auch der Krone den Rat geben, die Vorlage gründlich umzuändern. Das Volk läßt sich auf die Dauer ein solches Wahlrecht nicht gefallen. Die Krone begreift dem Volke mit Mißtrauen.

Vizepräsident Dr. Krause:
Wegen dieser letzten verkehrten Äußerungen rufe ich Sie wiederum zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Ströbel (fortfahrend):
Ein solches Wahlrecht kann zum Verhängnis werden. Die Sozialdemokratie ist die wahre Trägerin der Kultur. (Aachen rechts.) Sie hebt das Volk zur Sonnenhöhe der Kultur. (Aachen.) So sind wir echt national. Wenn wir durch die Wähler der jehigen, dann sagen wir: Das ist unser Vaterland! So haben auch wir unser Vaterland. Fort mit diesem niederträchtigen Wahlrecht, fort mit dieser hundsföttlichen Vorlage! (Aachen rechts.)

Vizepräsident Dr. Krause:
Wegen dieser letzten verkehrten Äußerungen rufe ich Sie wiederum zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Roskany (Vole):
Das Land wird erstaunt sein, wie ein so selbstfrender Mann wie Herr v. Weizsäcker der erste Beamte des Staates sein kann. (Aachen rechts.) Er redet von Unabhängigkeit und Freiheit der Beamten, während das Gegenteil die tägliche Praxis ist. Auch müssen wir dagegen Protest erheben, daß der Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht herabsetzt.

Vizepräsident Dr. Forst:
Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, daß er diesen Effekt ergiebt hat.

Abg. Roskany:
Ich will ja nicht sagen, daß er es bewirkt getan hat; vielmehr ist es unbewirkt. (Seitertel und Aachen rechts Au, au!) Der Reichstag steht himmelhoch in seinen Reihungen über dem Abgeordnetenhaus. (Schallendes Gelächter rechts.) Der Abg. Frhr. v. Jöblich hat seine zwei alten Stedenpferde getrieben: die katholische Geistlichkeit und die Sozialdemokratie. (Seitertel.) Es ist ungläublich, daß die Regierung jetzt, nachdem man in Rattowitz die Beamten gemortet hat, diese Vorlage bringt und glaubt, damit den Beamten noch etwas zu bieten. Wir werden nicht raten, aber wir nicht das Reichstagswahlrecht in Straußen erkaufen haben.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung am 11. Februar, 1 Uhr.

Die Beratung des Militärrats wird fortgesetzt bei dem Kapitel Befeldung und Ausrüstung der Truppen.

Abg. Gorda (nl.)
bewirkt eine Resolution seiner Fraktion auf Vorlegung einer Denkschrift über die Organisation des Militär-Befeldungswesens und über die Fragen des Frischen und des jehigen Militärs. Zur Begründung führt er aus: Die Fraktion der Militär-Befeldungswesen in den Befeldungsämtern durch Billhandwerker habe große Enttäuschungen, hinsichtlich der Reformfrage gebracht. Start verordnet habe man sich namentlich mit der folgenden Annahme, daß die 9000 Militär-Befeldungswesen sich durch 1200 Zivilhandwerker werden ersetzen lassen. Deshalb besonders jene die Staatsanläge so lauz überfordert worden, daß zu überlegen sei, ob an dem jehigen System festgehalten werden könne. Auch sonst bedürfte die ganze Angelegenheit einer Prüfung nach vorliegenden Erfahrungen.

Kriegsminister von Heering:
Der Hauptgrund, weshalb wir feinerzeit zu den Zivilhandwerkern übergehen, war nicht der, daß wir dabei billiger zu fahen

glaubten, sondern: Rücksicht der Gerechtigkeit! Das höhere Mitglied des Hauses, Herr Jacobstoeber, sagte damals wiederholt darüber, daß gerade wir Schneider und Schuhmacher zum Militär eingezogen würden, andere Gewerbe aber davon verfrist bleiben, darüber war man sich schon damals durchaus klar.

Abg. Faber (Str.)
erkennt es dankend an, daß sowohl die Militärs wie die Vorkommnisse dem Handwerker-Bewirgungen zu erleichtern und dadurch das Handwerk zu fördern.

Abg. Stäcker (Soz.):
Wir wünschen, daß das jehige System bei den Befeldungsämtern im Interesse des freien Handels beibehalten wird. Wenn die Kosten jetzt als hoch bezeichnet werden, so liegt das an der Befeldung der Genter mit so und so viel hochbezahlten höheren Offizieren. Diese sind auch im Einkauf von Waren sicherlich nicht so faherabhängig, wie die Leiter von Privatbetrieben gleicher Art. Ich wundere mich, daß die Offiziere nicht selbst diese Art von Beschäftigung ablehnen. Für alles Technische müssen tüchtige Beamte aus dem Zivilstand entsendet sein!

Abg. Erberger (Str.):
Die Befeldigung der Militärhandwerker entsprach einem alten Wunsch des Reichstages. Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß, wenn der Reichstag einen Wunsch auspricht, die Erfüllung selbst bei einer Verteuerung hinausläuft. Der Resolution stimmen wir zu; hoffen aber, daß der Minister, wenn er an die Denkschrift herantritt, auch die Handwerkerkammern hört. Dem Vain unbedinglich ist die große Zahl der Offiziere bei den Befeldungsämtern, so ist Offiziere bei den Handwerker. Deshalb begrüße ich es auch, daß die Kommission diesmal einen Major bei den Befeldungsämtern abgelehnt hat.

Abg. Mühl (Soz.):
Statt immer nur Offiziere, sollte man lieber sachlich ausgebildete Leute in die Befeldungsämter kommandieren. Bei der Vergebung der Militärleistungen sollten nur solche Unternehmer berücksichtigt werden, die die verabredeten Löhne auch wirklich zahlen.

Abg. Wiesberg (Str.)
bittet, die Heimarbeiterinnen bei Militärleistungen besonders zu berücksichtigen.

Kriegsminister von Heering:
Wir sind ständig bemüht, mit den Handwerkerorganisationen in Fühlung zu bleiben. Wenn die Herren Sozialdemokraten eine Umgestaltung der Befeldungsämter wünschen, dann sollen sie die Mittel dazu bewilligen.

Abg. Sommer (fr. Opt.):
Die Schmutzkontruren, die die Militärhandwerker den Zivilhandwerkern machen, müssen abgestellt werden.

Kriegsminister von Heering:
Für die Aenderung der Uniformen der Schladager ist kein Pönig aus dem Militäretat nötig. Die feldgraue Uniform wird nur allmählich eingeführt werden. Die Bekleidung müssen erst aufgebraucht werden.

Abg. Müll (Str.)
tritt für die Maßschützen und Helzer ein.

Abg. Gogmann (nl.)
für die Militärhandwerkmeister.

Abg. Wehl (nl.)
spricht über Mühlstände bei Lederleistungen.

Abg. Pauli-Vorban (lonf.)
nimmt der Resolution Bassermann zu. Bezüglich der Heimarbeiter muß die goldene Mittelstraße eingeschlagen werden. Den Soldaten, die aufs Land auf Urlaub gehen, sollte man nicht die schledelste Garnitur mitgeben.

Abg. Gorda (nl.)
wünscht eine Garnison für Habelberg.

Abg. Werning (nl.)
wünscht eine Garnison für Habelberg.

Oberr Bandel:
Voraussetzung sind brauchbare Kasernen, Habelberg, Habelberg und Habelberg werden erzwogen.

Abg. Dr. Gorda (nl.):
Wir sind mit einer ganzen Menge von Zuschüssen über- schwemmt worden, in denen Beamte, die bei der Befeldungsübernahme zu kurz gekommen sein wollen, Aufbesserung verlangen. Damit hat es jetzt ein Ende. Wir müssen Stube haben.

Abg. Erberger (Str.):
Die Abgeordneten, die hier immer neue Wünsche vorbringen, sollten die Sache einmal einige Jahre aus ihrer Tasche begreifen.

Abg. Dr. Hermes (fr. Opt.):
bemängelt die übermäßige Verlesung von Apothekenkonventionen an Militärärzten, die in Pension gegangen sind.

Generalleutnant von Ballet des Bares
erklärt, daß an Militärärzten nur 61 Proz. der Konventionen verlesen wurden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Opt.)
führt Beschwerde über große Härten bei der Handhabung der Kontrolle über Reservemanschaften.

Abg. Götze (fr. Bgg. und Ged (Soz.)
bringen ähnliche Klagen vor.

Abg. Götze (nl.):
Zur Befeldigung der blinden Nationen bringt der Etat die Einführung von Pferdeledern an diejenigen Offiziere, die bis bisher noch nicht beziehen, in erster Linie an die Generalität. Die Budgetkommission hat die Verleger geirrt. Das Wesen nimmt ohne Debatte zu.

Abg. Raden (Str.)
begünstigt eine Resolution, in der gefordert wird, daß die Kontrollverfammlungen jährlich nur einmal stattfinden.

Abg. Dr. Gorda (nl.)
äußert Bedenken.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Opt.)
stimmt zu.

Abg. Götze (Soz.)
bringt Beschwerden vor über unverschämte Erhebung von Reispfen.

Kriegsminister von Heering
erklärt, daß in den angeführten Fällen die Bestimmungen eingehalten wurden, daß diese Bestimmungen aber gelindert werden sollen.

Abg. Schöpflin (Soz.)
tritt im Interesse der Arbeiter für eine einmalige Kontrollverfammlungen im Jahre ein.

Die Resolution wird gegen die Rechte und gegen die National-liberalen angenommen.

Beim Militärverlegungsweisen kommt
Abg. Gammel (Soz.)
auf den Fall des Herrn von Döbering zurück, dem er Ratsort in Erlangung vorwirft. Die Offiziere seien oft recht raubartig im Braut. (Aachen rechts.) Wenn oben die Befeldung gebrochen werden muß, dann gibt es auch für die Wäfen keinen Raum mehr. (Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister von Heering:
Ich lehne es ab, auf diese Ausführungen irgendwie einzugehen (Beif. Beifall rechts.) Wenn Sie behaupten, daß die Offiziere brutal sind, dann beweisen Sie es auch. (Beif. rechts.)

Abg. Redebour (Soz.):
Die Herren machen sich die Sache leicht. Herr von Heering und Herr von Döbering haben bewiesen, daß sie mit der Befeldung nicht geringen Erfolg wiesen. Der Kriegsminister hat in der Döberingfrage erklärt, daß der Offizier seinen Eid nur dem allerhöchsten Krieg er geschworen habe. Er führte weiter aus, daß die einfache Initiation schon vielfach zum Segen des Vaterlandes gewesen ist. Was meint er damit? Will er zum Befeldungsbruch gehen? Denkt er daran, daß Friedrich Wilhelm IV. die preussische Nationalversammlung auseinanderpresenget? Will sehen ja vor neuen Befeldungskämpfen. Der Major von Weizsäcker hat bereit (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausdruck und bittet, die Regierungsvorrede mit den Titulaturen zu bezeichnen, mit denen sie beim Reichstag angemeldet sind.) Herr von Weizsäcker seien bei der Befeldungsprüfung in Majoruniform. Ich nach dabei an, er sei beim Bundesrat als Major angemeldet. (Großes Gelächter.) Wo bleibt die Antwort des Kriegsministers? Geniert er sich, oder ist ihm die Sache so fremdlich?

Kriegsminister von Heering:
Ich habe in meiner damaligen Rede nur eine Tatsache festgestellt. Welche Prozeduren Sie daraus ziehen wollen, ist Ihre Sache. Ich habe kein Beispiel aus Preußen im Auge gehabt, sondern die Befeldungskämpfe in Kurhessen. Wir haben unser Stand vor den Andern nicht hervor, sondern überlassen ihnen genau die gleiche Ehe.

Abg. Redebour (Soz.):
Darum war ich nicht gegen ein preussischer Kriegsminister, wenn er solche Worte spricht, an Kurpfeln denkt. Allerdings hat ja in diesen Staaten ein etwies niederträchtiges monarchisches Regiment geherrscht, wie nirgends anderes. (Beifall 5. d. Sa. Unruhe rechts.) (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausdruck.) Die turkeische Geschichte ist ein Schandfleck für Deutschland. Wenn die Gewalttäter in Preußen es wagen sollten, das preussische Volk ebenso zu behandeln, wie die Wäckerer in Hessen, dann soll ihnen dasselbe Schicksal befehlen sein. (Beifall 5. d. Sa.)

Abg. Wieland
spricht für die turmerische Erziehung der Jugend.

Kriegsminister von Heering:
Nach Erledigung des ordentlichen Etats verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr: Kaiserpreussischer Militärstat.

Schluss 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Schulzengnisse und politische Reize.

8 Aus Schulfreier wird uns geschrieben:

Die neue Wahlrechtsvorlage hat bekanntlich das Wahlrecht unter anderem auch von erworbenen Schulzengnissen abhängig gemacht. Die Männer, die solche Bedingungen an die Ausübung dieses öffentlichen Rechts geknüpft haben, sind von einem offensibaren politischen Mißgriff nicht freizuprehen. Die Schule, wie sie jetzt ist, kann nach so viele Kenntnisse, die für das praktische Leben von Wert sind, vermitteln, ihre Aufgabe ist nicht, politisch geschulte Bürger zu erziehen. Nur das Leben vermag hier dem einzelnen die Richtung zu geben. Wohl wäre es überaus zu wünschen, daß die Schule mehr in das Leben des Staats und seine Betriebe einführe — und nur so allein wird sie auch ihren Beruf erfüllt —, aber ihre Zeugnisse deshalb politisch verwerten zu wollen, das hieße, den Schwin an die Stelle verlorener Wirklichkeiten zu setzen.

Politik und Schule sind geradezu Gegensätze. Wie können sie überhaupt in irgend welche Verbindung gebracht werden? Wenn man das tut, so wird damit geradezu wieder ein großes Schlaglicht darauf gemorren, wie unpraktisch der Deutsche noch in rebus politisch denkt. Statt mit dem realen Leben zu rechnen, wird die Schule auf ein Gebiet gerirt, auf dem allein Faktoren maßgebend sind, die ganz außerhalb des Gefühlsbereiches der Schule liegen.

Das Leben im Staate fortgesetzt in Fluß und fortwährend anderen Konstellationen ausgelegt, so muß im Gegenteil die Schule auf eine Stetigkeit ausgehen, die ihr allein Nutzen bringt und den Segen verbürgt. Wer will also sagen, daß ein guter Schüler ein guter Politiker werden müßte? Das hieße doch, die Dinge direkt auf den Kopf stellen.

Aber es kennzeichnet wieder einmal eine gewisse Hilflosigkeit der regierenden Stellen, daß sie zu solchen Auswegen ihrer Zuflucht nehmen, den Grundlagen des politischen Lebens solche Stützen geben wollen, die nur absolut aber nicht relativ sein können. Bildung freilich ist auch Macht, aber nur solche Bildung, die eben das Leben gewirkt hat. Jede andere rezentriert nur eine Scheinwelt. Und wehe dem Staate, der auf Schein baut. Ein Schulexamen kann unmöglich einen Faktor abgeben, mit dem ein Staat ernsthaft politisch rechnen will. Also mag er die soziale Stellung berücksichtigen, die Schule muß er hier aus dem Spiele lassen, denn sie verleiht nicht Rechte an sich, überhaupt keine Rechte, sondern nur die Anwartschaft auf höhere. Am wenigsten aber kann sie die Berechtigung zu solchen politischen Rechten erteilen. Die mächtigsten Faktoren im Leben sind immer noch Geburt, Glück und Gabe, zu diesen kann die Schule nichts hinzufügen, noch etwas davon abziehen, und der Staat hat nur zu rechnen mit dem, was es ist, nicht mit dem, was sein sollte. Das soll er der Schule überlassen, die allein an der Bildung dieses letzteren arbeiten kann. Die Politik muß dem Leben selbst ins Auge sehen und darf nicht von der Schule erwarten, was ihr dieselbe nie geben kann.

Das Automobilgesetz.

Aus Berlin wird gemeldet:
Die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Automobilgesetz beziehen sich zunächst auf die Befeldung und Ausrüstung der Fahrzeuge, bei der jede vermerkbare Befeldigung von Heering

sonen und Gefährdung von Führern durch Gerücht, Raub oder üblen Geruch ausgeschlossen sein soll. Für die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr sind genaue Vorschriften über die Lenk- und Bremsvorrichtungen, die Vorrichtungen, Bremsen, Bergfahnen, Kennzeichen usw. erlassen. Haupt- und Nebenbestimmungen sind die Bestimmungen über die Führer von Kraftfahrzeugen. Diese Personen müssen ein körperliches und geistiges Wohlsein, einen ausreichenden theoretischen und praktischen Kenntnis der geltenden Vorschriften und als praktische eine Probefahrt auf freier Strecke mit mindestens einjähriger Dauer.

Sparen und die Schiffsahrtsabgaben.

□ Aus München wird gemeldet: Im zweiten Ausschuss der bayerischen Reichsrats kam es bei der Verkehrsminister v. Kraundorfer erstarrt, daß auch die Rückführung der Staatseisenbahnen finanzielle Belastung des Reiches und der Einzelstaaten der bayerische Regierung bemogen habe, möglichen Schiffsahrtsabgaben auszumitteln. Allerdings werde Bayern, wenn sie dem Vorgehen Preußens übereinstimmen den grundsätzlichen Standpunkt zur Wabensfrage, von deren positiver Lösung die Fortführung der Nationalisation bis nach Abschluß der Reichsreform durch Kaiserliche Erlasse sich mit der Zustimmung des Reichsrats einverstanden; auch der Ansicht, daß die Anlegenheit friedlich-wohlwollend geregelt werden. Das entscheidende werde sein, wie die Schiffsahrtsabgaben festgesetzt würden, ob sie rückwirkende Kraft hätten und bis zu welchem Zeitpunkt, ob sie für künftig auszubehrende Ströme gelten, ob sie sich nur auf bestimmte Strömte beziehen oder ob sie auch auf Nebenflüsse erstreckt werden sollen. Erfolgreich sei, daß man jetzt den Unterschied fallen gelassen habe zwischen natürliehen und künstlichen Flüssen, denn auch ein kanalisiertes Ström habe nicht aufgehört, eine natürliche, verbesserte Wasserstraße zu sein.

Parlamentarisches.

Nationalliberale Anträge gegen Frankreich. □ Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat die nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstages einen Antrag eingebracht, worin der Reichstanzler ersucht wird, die Frankreich gegenüber durch Bundesratsbeschlüsse zu ergreifenden Ermäßigungen für Schaumwein, Rautenwein, Arak, Rum, Kognak, Branntwein, Liköre und sonstige Weingeister, welche von den französischen Zolltarifen wieder aufgehoben, — Premier hat die Fraktion beauftragt, daß der Reichstanzler durch Herbeiführung eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses dafür Sorge tragen möge, daß diejenigen französischen Einfuhrtarife, welche nicht handelsvertraglich gebunden sind, für den Fall, daß der französische Zolltarif wesentliche Erhöhungen für die deutsche Einfuhr nach Frankreich enthalte, in entsprechender Weise zu ändern werden.

Die Beilegung der Drittteilung in den Urwahnsitzungen. Wie von unserer Seite berichtet, ist im Abgeordnetenhaus bereits jetzt eine feste Mehrheit, bestehend aus Nationalisten, Freikonserwativen und Nationalliberalen, für die Beilegung der Drittteilung in den Urwahnsitzungen und deren Ersetzung durch Drittteilung in den Wahlkreisen vorhanden.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung und genehmigte ihn unnerändert in Einnahme und Ausgabe. Beim Kapitel für die Gemeindefiskusbeamten erklärte ein Regierungsmitglied, daß die Verträge mit weiblichen Gemeindefiskusbeamten weder die an sie gemachten Besorgnisse noch Entlohnungen gerechtfertigt hätten. Sie hätten in ganzen daselbst gekümmert, wie die männlichen Beamten. Für Berlin sei die Anstellung von zwei neuen weiblichen Fiskusbeamten in Aussicht genommen. Auf Anfrage erklärte ein Regierungsmitglied, daß die etwaige Anstellung weiblicher Fiskusbeamten in Ermägung gezogen werde.

In der Budgetkommission des Reichstages entwickelte sich gestern eine längere Erörterung über die Gliederung des Konstruktionsdepartements. Den Anlaß dazu bot die Fortsetzung der Marineverwaltung, einen neuen Vortragenden Rat zu bewilligen. Vom Zentrum wurde dagegen gesprochen und gleichzeitig angefragt, warum die Konstruktoren einem Minister unterstehen, man solle sie doch selbständig machen. Staatssekretär von Tirpitz gab darauf längere Erklärungen über die Tätigkeit der Konstruktoren und ihre Stellung zum Ministeriums ab. Weiter wurde über die Entwicklung der Schiffsbautechnik gesprochen und festgestellt, daß gerade in letzter Zeit erhebliche Resultate erzielt worden seien. Angeregt wurde die Schöpfung einer zweiten Wasserplattenfabrik neben Krupp, damit unsere Privatwerken auch fremde Aufträge erhalten, z. B. von Ausland. Der Staatssekretär erklärte, die Russen hätten überhaupt im Auslande nicht bestellt, wenigstens die großen Schiffe wollten sie sämtlich selbst bauen. Mit der Ueberwindung der alten Schiffe an die Kolonien als Stationsboote sei es ermeisterhand. Das Kolonialamt habe aber noch nicht darauf geantwortet. — Der angeforderte Vortragende Rat wurde genehmigt.

Parteinachrichten.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages entschied bei der Beratung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Wolf (naich), daß ein Reigenerer eine amtliche Eintragung sei. Die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl selbst erfolgte noch nicht.

Der Ausschuss des Abg. Mittowal sollte am Mittwoch in der liberalen Fraktion des sozialdemokratischen Landesausschusses beschließen werden. Die Sitzung verlief jedoch ergebnislos. Die Entscheidung wird in diesen Tagen fallen.

Kleine politische Nachrichten.

Internationales Anglistentag. In der Aula der Technischen Hochschule zu Dresden fand gestern der Anglistentag mit der internationalen Anglistenversammlung statt. Die Regierungen von Amerika, Chile, China, Frankreich, Italien, Desterreich, Rußland und Japan haben Vertreter entsandt.

Der Berliner Viehhof gesperrt. Der Berliner Viehhof ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche für den Vertrieb von Vieh jeder Art gesperrt worden. Die Sperrung ist, wie die „Allgemeine Preßer-Zeitung“ meldet, dadurch notwendig geworden, daß einige Kinder auf dem Schlachthofe, sowie auf dem Viehhofe mit Maul- und Klauenseuche befallen vorgefunden wurden. Die Vorstände des Berliner Viehhofes haben sofort persönlich beim Minister Schritte unternommen, um Erleichterungen in dem Sinne zu erwirken, daß die Ausführung von Schlachtkörpern zum sofortigen Viehtransport nach auswärtigen, mit direktem Bahnanschluß versehenen Schlachthöfen zugestimmt werde. Diesen Wunsch wurde Folge gegeben.

Auspeuerung. Die Färbereibetriebe von Barmen bezogen etwa 2000 Arbeiter aus, da ein gütlicher Ausgleich der Differenzen gescheitert ist.

Hof- und Personalnachrichten. □ Gestern machten der Kaiser und die Kaiserin eine längere Ausfahrt. Der Kaiser besuchte im Anschluß daran den Reichstanzler.

□ Aus Anlaß des Hinführens des deutschen Vorkämpfers Grafen v. Tattenbach hat der König von Spanien an den deutschen Kaiser ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm geschickt, worin es heißt, der Kaiser habe einen treuen Diener verloren und der König einen aufrichtigen Freund, dem er stets ein ehrendes Andenken bewahren werde.

Ausland.

Frankreichs neue Heeresorganisation. □ Wie die Flotte will Frankreich auch die Armee einer Reorganisation unterziehen. Die Regierung hat ein neues Kriegsgesetz ausgearbeitet und neben anderem eine Vorlage zur Vernehmung der Artillerie eingebracht. Das Kriegsbudget für 1910 weist infolgedessen eine Steigerung von 73 Millionen Franc gegenüber dem Vorjahre auf. Zurzeit wird in der Deputiertenkammer über das Heeresbudget verhandelt. Man meldet:

Paris, 10. Febr. Bei der heutigen Beratung des Kriegsbudgets in der Deputiertenkammer führte der Berichterstatter Clémentel aus, die Vernehmung der Ausgaben des Kriegsbudgets habe ihren Grund in der Reorganisation der Artillerie, in den Plänen für Kasernen, in der Verbesserung der Koll. in der Erhöhung der Gehälter der Subalternoffiziere usw. Eine neue in dem Budget für 1910 erscheinende Ausgabe von 500 000 Franc betrefte die Luftschiffahrt. Man brauche sich, führte der Berichterstatter weiter aus, wegen der jetzt bestehenden, ungleichen Verlegenheit der deutschen Luftschiffahrt nicht übermäßig beunruhigen. Diese Verlegenheit würde wohl vorüber sein, wenn Frankreich verheißt, die Art zu machen und dabei die zweifache Klippe der Fracht und des oereifigen Bares vermeide und seine Verbrechen sowohl auf Luftschiffahrt als auf Flugmaschinen erstreckt. Berichterstatter Clémentel schloß: Der bewaffnete Friede ist teuer, aber notwendig. Die Abrüstung ist nicht ein Mittel, sondern ein Resultat. Eine Aktion, die allein abzurufen wollte, würde in ihr Verderben rennen. Tragen wir also freudig die schweren Lasten, wenn wir nicht wie ein entmutigtes Volk erscheinen wollen!

Nach einer weiteren Nachricht aus Paris bewilligte der Budgetausschuss der Kammer einen Kredit von 2 Millionen Franc zur Errichtung eines 800 Mann starken Bataillons schwarzer Truppen in Algerien.

Kleine Tagesnachrichten.

Der Papst als Mittere Doppeldecker. „Zeitungen“ meldet aus Rom: Man hört hier, daß König Leopold von Belgien kurz vor seinem Tode dem Papste eine Summe von zwei Millionen Francs vermacht haben soll. Für die Ueberlieferung in Paris.

Für die Unterstüfung der durch Hochwasser gefährdeten kleinen Handels- und Gewerbebetriebe in Paris liefert die Banque de France einen Vorschlag von hundert Millionen Franc, deren Veranlagung und Tilgung durch den Staat, große Banken und die Pariser Handelssbanken vorberigt werden. Vorschläge werden wahrscheinlich jenseit für fünf Jahre bis zu 5000 Franc gewährt. Die Landwirte werden durch die Caisse du Credit Agricole und die Grundbesitzer durch den Credit Foncier in ähnlicher Weise unterstützt.

Geldhunde. Schriftbeamte der Regierung des Commonwealth haben beim Tineri-Fuß im östlichen Teile des Goldfeldes nach der deutschen Neu-Guinea-Grenze verheißungsvolle alluviale Goldfelder entdeckt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. Februar.

Die Oper zur Zeit Goethes.

Der „Lauschebter Theaterverein“, der im Vorjahre durch seine Aufführungen von drei weniger bekannten dramatischen Werken Goethes im alten Lauschebter Goethe-Theater allen Besuchern unvergessliche Stunden des höchsten Genusses bereitet hat, beschäftigt, im kommenden Frühjahre in einigen Aufführungen ein Bild vom Stande der Oper heteren Goeres zurzeit Goethes zu geben. Die italienische Opera buffa wird vertreten sein durch „La serva padrona“, ein Werk des jüngstverstorbenen Meisters Gio. Batt. Pergolesi, dessen 200. Geburtstag die musikalische Welt am letzten Neujahrstage feierte. Und zwar wird man nicht die übliche Bearbeitung benutzen, in der das Werk in Paris 1732 aufgeführt wurde, vielmehr hat der Professor für Musikwissenschaft an der Universität Halle, Herr Dr. Hermann Wett, das Werk wieder in seiner Originalform von 1730 hergestellt und mit einer neuen Textübertragung versehen. Kurz in dieser Form gibt die Oper ein exakt Bild der Opera buffa und wird durch Witz und Drauflos auch diejenigen überraschen, die das Werk schon in der Pariser Form kennen gelernt haben. Von Opern im französischen Stil ist „Der eozogene Kahl“ von Gluck ausgedacht worden. Er wurde am Wiener Hofe im Jahre 1761 zuerst aufgeführt. Das deutsche Eingpiel endlich wird vertreten sein durch „Du Hassan“, ein Jugendwerk von Carl Maria von Weber, das im Jahre 1811 seine Uraufführung erlebte.

Die Aufführung dieser Werke bedeutet ein musikalisches Ereignis, wird aber auch dem Laien einen ausgefeilten Genuss bereiten, da sie dem Sinne nach vollkommen in den Rahmen des Lauschebter Theaters passen und die lebenswichtige Musik enthalten. Der Verein stellt für die Besetzung der Rollen mit hervorragenden auswärtigen Künstlern und den ersten Kräften der halleischen Oper in Unterhandlung. Als musikalischer Leiter ist der erste Kapellmeister des halleischen Stadttheaters, Herr Eduard Wörtele in Aussicht genommen. Da dieser im Juni mit der Leitung der Halberstädter Wagnerfestspiele beschäftigt sein wird, sollen die Lauschebter Aufführungen schon Ende Mai erfolgen. Näheres darüber wird bekannt gegeben werden. Etwasige Anfragen sind zu richten an den Lauschebter Theaterverein Halle, Große Steinstraße 10.

Fischzucht im Zimmer.

Ziphaophorus belleri hat man den im Vorjahre aus Guatemala lebend eingeschickt, schönfarbigen Zankartenfisch genannt, den Herr Gärtnermeister Schortmann in der letzten Sitzung des Vereins für Aquarien- und Terrarienkunde Daphnia G. U. einer sehr großen Zahl von Mitgliedern und Gästen zeigte. Die allen anderen Fischen fehlende spierförmige Verlängerung der unteren Schwanzflossenhälfte verleiht den Tieren etwas ganz Ungewöhnliches, Abenteuerliches. Dabei sind sie leicht zu halten und vermehren sich auch im Zimmeraquarium reichlich. — Das Hauptinteresse des Abends lag auch im hiesigen entfernten Verwandten. Die Gattung Gobiophilus gehört nicht wie die noch genannte Art den lebendgebärenden, sondern den eierlegenden Zankarten an. Wie wenig andere hier diese in der Form hochschweifigen Fische dem Leben dicht unter der Wasseroberfläche angepaßt. Regungslos liegt man die kleinen Kübchen sehen und ihre Umgebung beobachten, und das breite Maul ist stets bereit, Beute zu ergreifen, nicht nur in, sondern auch über dem Wasser. Dem sie sind vorzügliche Springer und mancher unachtsame Besucher hat schon erfahren müssen, daß sie ihrer leicht verletzlichen Beschaffenheit ohne Erlaubnis lebendlos lagten und dann im Trocknen ihren Vorwitz mit dem Tode büßten. Auch ihre Nahrung ist leicht. Man braucht nur die bei Wärme und Sonnenlicht fast täglich im Schwimmpflanzenaquarium abgelegten Eier gelegentlich zu sammeln und in besonderen, etwas gemäßen Behältern sich entwickeln zu lassen. Die Arten sind nämlich Rammbildner schlüpfender Eier und während ihrer unbeschäftigten Schwimmlänge ohne Gnade verzeihen.

Herr Fabrikant Bennemann und Herr Professor Lehmann sprachen über den prachtvollen Krikaner S. elegans. Hervorgehoben wurde eine merkwürdige, aus anderen Fischen beobachtete Tatsache: die Tiere legen wohl reife Eier genug, aber diese entwickeln sich nicht, sondern verpilzen — bis man daran dachte, daß die in Betracht kommenden arktischen Ströme reichlich kaltpolig sind, als unser Leistungswasser. Man brachte Kofschals in die Zuchtquarrieren und hatte von Grund an besten Erfolg. Und Herr Schortmann brachte endlich eine wohl überhaupt noch nicht benannte Art aus Cochin, über und über besetzt mit rotbraunen Flecken und grün- und goldschimmernden Punkten. Sie gilt als die allerhöchste. — Neue Beobachtungen über Flußschnecken und Luftschnecken, besonders über das Brutgeschäft der letzteren, wurden aus der Sitzung bekannt gegeben.

Der Vorhänger, Herr Lehrer Bonke, berichtet dann noch über das Einwinteren seiner Wittelmeer-Eisfische.

Herr Herr Doktor Dr. Ruge ist eine Befestigung der Salomonen-Juchstition im hiesigen Landwirtschaftlichen Institute vereinbart worden.

Tanzabend Gudrun Hildebrandt.

Zum zweiten Male in dieser Saison erschien Gudrun Hildebrandt, die schönste Tänzerin der Welt, auf der Bühne in den „Kaiserjahren“. Sie brachte neue Tanzpoeme mit.

Im Sternenschein tanzte sie zuerst „Die Nacht“. Stillere Poesie vereint mit natürlicher Grazie kommen in erster Charakterisierung durch die Tänzerin zur Sinnenwelt. Man verleiht ihre Schönheit nach Märgen, ihren stillen Scherz nach Licht und Sonnenchein.

Lebendiger wurde das Giebelbild als Fraulein Hildebrandt den Barcarollen-Walzer aus Hoffmanns Erzählungen“ darstellte. Es kam Feuer in die herrliche Mädchenwelt, sie schien zu schweben und dahinzuliegen als spielende Eise, als schaltheil Nymphen. Frühling umgibt den jugendlichen Körper, sonniger, blumenreicher Lenz.

Eine holländische Tanzweise in grazioser Plumpheit — vielleicht auch etwas zu grotesk dargestellt — ließen die Künstlerin in neuer Art erscheinen. Ihr Tanzstiel verleiht sie jedoch auch in der größeren Form nicht.

Recht frisch wirkte das Tanzstück, das Fraulein Hildebrandt und ihr Bruder im Bauernfolklium zum Besten gaben. Zu Anmut und Grazie geleiht sich hierbei noch wirkungsvolle Klarheit.

Als Hiltnerinnen haben wir Fräulein Gudrun Hildebrandt bei ihren ersten Auftritten beobachtet. Gekern hatten Gedicht: lieblichen Gesangs und ungeschwollener Natürlichkeit zum Vortrag. Auch Herr Hildebrandt erschien mit Reiz: läger auf der Bühne.

Erfolg hatte die schön Tänzerin bei allen ihren Darstellungen. Das Publikum — der Wagh nach allerdings hinter dem Andrange des ersten Abends zurück — erzeigte sich an den kunstvollen Darbietungen und bewachte nicht weniger über. So unterhielt man sich bei Konzert und Tanz. Gudrun Hildebrandt hat sich gegen diese neue Bewunderer und Freunde erworben.

Bei dem in Halle bestehenden Schiedsgericht ist Arbeitervermehrung der Norddeutschen Anknüpfungsinstitut für die juristische Halle-Fachlehrer bei den hiesigen Oberbergamt in Halle a. S., Christastraße 60, zum bestreuten Vorstehen ernannt worden.

Die Ausdehnung des Allgemeinen halleischen Turnvereins, welche seit ihrem Bestehen unter Leitung des allbekanntesten Turnwarts Herrn Reinhold Wilschig steht, hält am kommenden Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr in der Reoplag-Turnhalle die diesjährige Prüfungsturnen ab, zu dem die Eltern, Vorfahren, Lehrer und Turnfreunde eingeladen werden. Es sei noch bemerkt, daß dies 200. Malen abendliche Mitteilung, welche in turnerischer Beziehung mehrjährig erfolgt, sich auch beim diesjährigen Antrittsturnfest sehr heftigen wird.

Die Namen-Stengenanben-Berlin Jahres-Schere hielt am Montag seine gut besuchte Monatsversammlung in Rappels Hotel (Str. Steinstraße) ab. Von den reichlich angebotenen Monatsarbeiten wurde die des Fräulein Kaufmann prämiert. Anfang April wird wieder unter der Leitung des gen. Lehrers der Stengraphie Herrn Stud. Theob. ein Anfangsturnus eröffnet. Am kommenden Donnerstag wird Herr Dr. einen Vortrag über die „Neue Unterrichtsweise“ halten.

